



CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen wollen strengere Regeln für den Bau neuer Windräder.

FOTO: PATRICK PLEUL/DPA

Was Schwarz-Gelb alles dreht

Kommunal-Soli wird abgeschafft, der Gewerbesteuer-Hebesatz eingefroren

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Auf der Zielgeraden der Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und FDP gestern ein besonders schwieriges und teures Politikfeld vorgenommen: die lange Problemliste der Kommunen. Die wichtigsten Entscheidungen:

Ladenschluss

Der sogenannte Anlassbezug im Landesladenschlussgesetz soll überarbeitet werden. Die Regelung besagt, dass es neben dem verkaufsoffenen Sonntag einen Anlass wie etwa ein Traditionsfest oder einen Handwerkermarkt geben muss, der für sich mehr Publikum anzieht. Zuletzt war es den Kommunen kaum noch gelungen, diesen Nachweis rechtssicher zu führen. Möglicherweise wird im Landesladenschlussgesetz jetzt ein Anforderungskatalog festgeschrieben, der den Kommunen bei der Planung von verkaufsoffenen Sonntagen eine verbindliche Orientierung bietet.

Windkraft

Der Mindestabstand zwischen einem Windrad und der nächsten geschlossenen Wohnbebauung wird auf den Standardabstand von

1500 Metern praktisch verdreifacht. Damit reduziert sich die für Windräder in Frage kommende Fläche um mehr als 80 Prozent. Die erteilten Genehmigungen für rund 450 Anlagen, die 2017 und 2018 gebaut werden sollen, bleiben aber gültig. Insgesamt bekommt NRW die bundesweit strengste Abstandsregelung nach Bayern. Die von Rot-Grün im Planungsrecht erleichterte Genehmigung von Windrädern im Wald wird gestrichen.

Kommunalsteuern

Der „fiktive Hebesatz“ bei Grund- und Gewerbesteuern wird auf dem aktuellen Niveau eingefroren. Dabei handelt es sich um eine Rechengröße des Landes, die Grundlage für die Zuweisung von Finanzmitteln an die Kommunen ist. Unterschreiten die Städte bei der Aufstellung ihrer Haushalte diesen Standardsatz, reißt das ein Loch in ihre Kassen. Die Folge: Arme Kommunen setzen ihre Hebesätze lieber höher an, was im Folgejahr zur Erhöhung des fiktiven Hebesatzes des Landes führt. Der Generalsekretär der NRW-CDU, Bodo Löttgen, sprach von einer „Negativ-Spirale“, die durchbrochen werden müsse.

Kommunal-Soli

Der rot-grüne Kommunal-Soli wird 2018 abgeschafft. Bislang mussten vergleichsweise reiche Städte in NRW jährlich 91 Millionen Euro aufbringen, um das Land bei der Hilfe für klamme „Stärkungspakt“-Kommunen zu unterstützen. CDU und FDP sehen das als Bestrafung von gut wirtschaftenden Städten. Löttgen verspricht, die Mittel aus dem Landeshaushalt zu ersetzen, so dass künftig „keine Gemeinde schlechter gestellt wird als heute“.

Einwohnerveredelung

Die umstrittene „Einwohnerveredelung“ in der Verteilung von Schlüsselzuweisungen an die Kommunen soll reformiert werden. Danach erhalten Kommunen in Ballungsgebieten höhere Zuweisungen als auf dem Land, weil sie angeblich höhere Infrastrukturkosten haben. Die ländlichen Gemeinden bezweifeln das, weil ihre Kosten etwa für Wasser-, Abwasser- und Straßennetz höher seien.

Grunderwerbsteuer

Der Hebesatz der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf einer Immobilie oder eines Grundstücks fällig wird, bleibt auf dem bundesweiten

Spitzenniveau von 6,5 Prozent. Rot-Grün hatte den Satz seit 2010 zweimal erhöht. CDU und FDP wollen mit einer Bundesratsinitiative erreichen, dass ein Freibetrag von 250 000 Euro pro Person eingeführt werden kann. Dazu soll es einen Nachlass für Familien mit Kindern geben. Als Gegenfinanzierung soll die Steuerfreiheit auf „Share Deals“ abgeschafft werden. Dabei handelt es sich um einen legalen Steuertrick großer Immobilienfirmen: Solange ein Investor weniger als 95 Prozent der Anteile einer Immobiliengesellschaft hält, fällt keine Grunderwerbsteuer an. Eine flächendeckende Absenkung der Hebesätze sei „nicht das Mittel der Wahl“, sagte Lindner.

Unterhaltsvorschuss: Entlastung für die Städte

■ **Der kommunale Anteil** am Unterhaltsvorschuss, der an Alleinerziehende wegen säumiger oder zahlungsunfähiger Väter geleistet wird, soll reduziert werden. Bislang trägt der Bund 33 Prozent der Gesamtkosten, die Städte blieben auf 80 Prozent des NRW-Anteils sitzen.